

Forderung: „Tihange abschalten“

Landtag diskutiert über marode Atomreaktoren in Belgien

11. Oktober 2017 – Das Atomkraftwerk Tihange in Belgien, etwa 60 Kilometer südwestlich von Aachen gelegen, gilt als störanfällig, als Sicherheitsrisiko. Immer wieder sorgen technische Pannen und Haarrisse im Reaktorbehälter für Schlagzeilen und lösen Ängste in der Bevölkerung aus. Der Landtag hat sich nun erneut mit dem Thema befasst. Er fordert die Bundesregierung mehrheitlich auf, „stärker als bisher auf die belgische Regierung einzuwirken und auf eine Stilllegung der Pannenreaktoren zu drängen“.

Grundlage der Debatte war ein Eilantrag der Fraktionen von CDU und FDP, dem sich die Grünen anschlossen („Nordrhein-westfälische Regionen unterstützen und unabdingbare Transparenz gewähren – Tihange abschalten!“).

Auch **Dr. Werner Pfeil** (FDP) wies darauf hin, dass die Öffentlichkeit Anspruch auf eine Betrachtung der Sicherheitslage der Reaktoren durch unabhängige Gutachter habe. „Wir erwarten Transparenz.“ An erster Stelle ste-

sprach von „Panikmache“. Seine Empfehlung: Statt in „grüne Hysterie“ zu verfallen, solle man sich besser an „technisch-physikalischer Realität“ orientieren.

Die Ängste der Bevölkerung müssten ernst genommen werden, sagte Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP). Die Landesregierung signalisiere grundsätzlich Dialogbereitschaft und schöpfe gemeinsam mit der Bundesregierung alle Möglichkeiten zu einer zeitnahen Schließung von Tihange und Doel aus.

Der Eilantrag der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen wurde mehrheitlich angenommen – ebenso ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion („Tihange abschalten – grenzübergreifende Energieversorgung verbessern“, 17/869).



Fotos: Schälte

17/849). Wissenschaftliche Gutachten kämen zu dem Ergebnis, „dass die Vielzahl der Mikrorisse in den Reaktorbehältern deren Stabilität gefährde“, heißt es darin. Mittlerweile habe ein Gespräch zwischen dem Kraftwerksbetreiber Electrabel und Interessengemeinschaften aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden stattgefunden. Es sei begrüßenswert, dass die Betreiber zu einem Dialog bereit seien. Die Landesregierung müsse mit Nachdruck darauf hinwirken, „dass die Betreibergesellschaft Electrabel Transparenz schafft, damit objektive Beurteilungen der Sicherheitslage von unabhängigen Experten vorgenommen werden können“.

Thomas Schnelle (CDU) dankte dem Bündnis, das im Juni mit einer 90 Kilometer langen Menschenkette gegen die „Pannenreaktoren“ in Tihange und im ebenfalls umstrittenen Kernkraftwerk Doel demonstriert hat. Die CDU-Fraktion unterstütze das Anliegen des Bündnisses, dass Unterlagen zum Zustand der Reaktoren unabhängigen Experten ausgehändigt werden sollen.

he die Sicherheit der Bevölkerung. Es dürfe keinen „Transparenzrabatt“ für die Betreiber geben.

Wibke Brems (Grüne) wies darauf hin, dass das Zugeständnis der belgischen Betreibergesellschaft, Akteneinsicht zu gewähren, von Taktik geprägt sei. Pannen seien in der Vergangenheit häufig vertuscht worden. Deswegen müsse Druck auf die Betreibergesellschaft und die belgische Atomaufsicht ausgeübt werden.

„Gemeinsames Konzept“

Es gebe zunehmend Ängste, sagte **Karl Schultheis** (SPD). Er warb für einen „konstruktiven Dialog auf Augenhöhe“. Druck sei das falsche Mittel. Er empfahl, auf Belgien zuzugehen und gemeinsam ein Konzept zu entwickeln, „das einen schnellstmöglichen Ausstieg aus Tihange und Doel ermöglichen wird“.

Die Anträge spielten mit den Sorgen und Ängsten der Menschen, sagte **Dr. Christian Blex** (AfD). Sie seien „dreist und überheblich“. Er

Darin fordert sie die Landesregierung u. a. auf, „sich für einen konstruktiven energiepolitischen Dialog auf Augenhöhe zwischen Belgien und Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalen einzusetzen“.

tab, zab

Sorgen in der Region Aachen

Der Landtag hatte bereits am 1. Dezember 2016 einstimmig die sofortige und endgültige Abschaltung der Kernreaktoren in Tihange gefordert. Die belgische Atomaufsichtsbehörde selbst bemängelte „gravierende technische und organisatorische Defizite beim Betrieb dieser Reaktoren“, hieß es damals in einem gemeinsamen Eilantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP (16/13612). Tihange liegt etwa 60 Kilometer von der Städteregion Aachen entfernt. Die Menschen dort sind seit Jahren besorgt, da immer wieder Pannen in dem Atomkraftwerk (AKW) bekannt wurden, darunter Tausende Haarrisse im Reaktorbehälter. Im Aachener Grenzland begann im September 2017 die vorsorgliche Verteilung von Jod-Tabletten. Sie sollen die Bevölkerung bei einem AKW-Unfall vor Schilddrüsenkrebs schützen.